







## Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)

							
<b>Link zum Wahlprogramm**</b>	Wahlprogramm <a href="https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Pro-gramm/2025_SPD_Regierungsprogramm.pdf">https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Pro-gramm/2025_SPD_Regierungsprogramm.pdf</a>	Wahlprogramm <a href="https://cms.gruene.de/uploads/assets/Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf">https://cms.gruene.de/uploads/assets/Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf</a>	Wahlprogramm <a href="https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf">https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf</a>	Wahlprogramm <a href="https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_btw_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf">https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_btw_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf</a>	Wahlprogramm <a href="https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf">https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf</a>	Wahlprogramm <a href="https://www.die-linke.de/bundestagswahl-2025/wahlprogramm/">https://www.die-linke.de/bundestagswahl-2025/wahlprogramm/</a>	Wahlprogramm <a href="https://bsw-vg.de/">https://bsw-vg.de/</a>
<b>Zentrale Aussage der Programme</b>	47: Wir wollen <b>Frauenrechte und Gleichstellung bis 2030</b> verwirklichen.	118: Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, <b>unabhängig vom Geschlecht</b> , ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus, der alle in den Blick nimmt, also intersektional ist, und der Einsatz für Frauenrechte sind dafür essenziell. Nur wenn <b>Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit</b> entschieden bekämpft werden, können Frauen alle Chancen nutzen.  151: <b>Gleichberechtigung</b> macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und wirtschaftlich erfolgreicher.	28: Im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen stellen wir fest, dass es <b>noch immer Benachteiligungen</b> gibt, die wir nicht akzeptieren können. [...] <b>Das muss sich ändern.</b>	54: Bekenntnis zu unseren <b>Werten</b> . Wer sich für unser Land entscheidet, entscheidet sich auch für seine Werte und unsere freiheitliche Demokratie. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zu Freiheit, <b>Gleichberechtigung</b> , Demokratie und Rechtsstaat.	128: In unserem Land hat sich jedoch eine <b>politische Klasse herausgebildet</b> , die [...] <b>zerstört die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes</b> , unsere Wirtschaft [...]. <b>Instrumente der Zerstörung sind [...]</b> <b>Diversität und vermeintliche „Gendergerechtigkeit“</b> .  128: Staaten [...] wirken darauf hin, [...] die Bürger- und Freiheitsrechte systematisch einzuschränken. Dazu zählen z.B. eine ideologisierte Klimafolgenforschung, die <b>Gendernforschung</b> und Pandemieforschung.	K14: Wir verstehen uns als sozialistische und <b>feministische Partei</b> und streben die <b>umfassende Gleichstellung aller Geschlechter</b> an. Unser Ziel ist die gerechte <b>Umverteilung</b> von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und Erwerbsarbeit sowie von <b>sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Machtressourcen zwischen allen Geschlechtern</b> . Das bedeutet für uns <b>Geschlechtergerechtigkeit</b> .	33: Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in unserem <b>Grundgesetz in Artikel 3</b> verankert. [...] Sie haben den <b>gesetzlichen Anspruch auf gleiche Teilhabe und gleiche Entwicklungschancen</b> [...].

\* Die Darstellung der Parteien beginnt mit den Regierungsparteien im aktuellen Bundestag nach Anzahl der Sitze (SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP), gefolgt von den weiteren Parteien im aktuellen Bundestag nach Anzahl der Sitze.

\*\* Aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen lagen die finalen Wahlprogramme teilweise sehr kurzfristig vor. FidAR hat sich um größtmögliche Aktualität und um größtmögliche Sorgfalt bei der Auswahl und Wiedergabe der Textstellen bemüht, haftet allerdings nicht für die Aktualität, Vollständigkeit und Richtigkeit. Der Link zum jeweiligen Wahlprogramm und jeweilige Seitenangaben (bzw. Kapitelangaben bei DIE LINKE) zu den Textstellen machen nachvollziehbar, welche Fassung des Wahlprogramms und welche Textstellen einbezogen wurden.

## Bundestagswahl am 23.02.2025








Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)



Zusammenfassung pro Handlungsfeld ***							
<b>FüPo-Gesetz</b>	Weiterentwicklung FüPo-Gesetz	FüPo-Gesetz	K.A.	K.A.	Ablehnung Quotenregelungen	K.A.	K.A.
<b>Frauen in Führungspositionen</b>	Paritätsgesetz	Paritätsgesetz	K.A.	K.A.	Ablehnung Quotenregelungen	Paritätsgesetz	K.A.
	Gleichstellungsförderung Wissenschaft	Gleichstellungsförderung Wissenschaft, Gesundheitswesen	K.A.	K.A.	K.A.	Gleichstellungsförderung Wissenschaft	K.A.
	K.A.	Gleichstellungsförderung Gründerinnen Gleichstellungsförderung Führungspositionen – Aussage zu Unterrepräsentation von Frauen Umsetzung EU-Richtlinie zu Führungspositionen	Gleichstellungsförderung Gründerinnen Gleichstellungsförderung Führungspositionen, Aussage zu fehlender Chancengleichheit beim beruflichen Aufstieg von Frauen	Gleichstellungsförderung Gründerinnen	K.A.	K.A.	K.A.  Gleichstellungsförderung Führungspositionen – Aussage zu Unterrepräsentation von Frauen
<b>Entgeltgleichheit und gleiche Arbeitsbedingungen</b>	Umsetzung EU-Richtlinie Lohngerechtigkeitsgesetz	Umsetzung EU-Richtlinie	K.A.	K.A.	K.A.	Weiterentwicklung Entgelttransparenz- zu Entgeltgleichheitsgesetz Verbandsklagerecht	K.A.
	Reform Ehegattensplitting	Reform Ehegattensplitting	Reform Ehegattensplitting	Erhalt Ehegattensplitting	Ausweitung Ehegatten- auf Familiensplitting	Reform Ehegattensplitting	K.A.
	Aufwertung/Absicherung frauendominierte Berufe	Aufwertung/Absicherung frauendominierte Berufe	K.A.	K.A.	K.A.	Aufwertung/Absicherung frauendominierte Berufe	K.A.
	Minijobs mit sozialer Absicherung und nicht als dauerhafte reguläre Beschäftigung	Minijobs mit sozialer Absicherung und nicht als dauerhafte reguläre Beschäftigung	K.A.	K.A.	K.A.	K.A.	Minijobs mit sozialer Absicherung und nicht als dauerhafte reguläre Beschäftigung
	Ausgleich Rentennachteile	Ausgleich Rentennachteile	Ausgleich Rentennachteile	K.A.	K.A.	Ausgleich Rentennachteile	Ausgleich Rentennachteile
<b>Gewalthilfe und Gewaltschutz</b>	Umsetzung Istanbul-Konvention Verschärfung Gewaltschutzgesetz	Umsetzung Istanbul-Konvention	Bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern durch Länder und Kommunen	Stärkung Frauenhäuser Verschärfung Gewaltschutzgesetz	K.A.	Umsetzung Istanbul-Konvention bedarfsgerechte Finanzierung von Schutz und Beratung für Frauen/ ihre	Ausbau Gewaltschutz- und Hilfesysteme Finanzierung Frauenhäuser durch Bund

## Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\*  
hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)

							
	Strafverschärfung bei sexualisierter Gewalt und (sexueller) Belästigung	Ausweitung Schutz/Hilfe bei sexualisierter Gewalt	K.A.	Strafverschärfung bei sexualisierter Gewalt und (sexueller) Belästigung	K.A.  Verschärfung von gesetzlichen Maßnahmen gegen „Ausländerkriminalität“ bzgl. Gewalt- und Sexualdelikten	Kinder (u.a. Frauenhäuser) Anpassung Gewaltschutzgesetz Ausweitung und Verschärfung von (gesetzlichen) Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt und (sexuelle) Belästigung	Gewaltprävention  Selbstbestimmungsgesetz als Gefährdung frauenspezifischer (Schutz-) Räume
<b>Übergreifende Gleichstellungsstrategien (inkl. Gender Budgeting)</b>	Gender Mainstreaming/ressortübergreifende Gleichstellungs-Strategie Gleichstellungsfolgenabschätzung (inkl. des Bundeshaushalts) Erweiterung GG Art. 3	K.A.  Erweiterung GG Art. 3 Schaffung von Rechtsgrundlagen für diskriminierungssensible Einstellungs- und Beförderungspraxis in Behörden Verweis auf den gesamtgesellschaftlichen Nutzen von Gleichberechtigung und Frauenpolitik als Priorität	K.A.  Erweiterung GG Art. 3 Verweis auf Gleichbehandlung als Teil des Demokratieverständnisses	K.A.  K.A. Abschaffung von Gendersprache im öffentlichen Raum	K.A.  K.A. Verbot gendergerechter Sprache in öffentlichen Einrichtungen  Rein finanzielle „aktive Familienpolitik“ zur Geburtenmaximierung; Zweigeschlechtlichkeits- und Differenzperspektive auf Frauen/Männer als gegenseitige Ergänzung	ressortübergreifende Gleichstellungs-Strategie Gleichstellungsfolgenabschätzung neuer Gesetze  Erweiterung GG Art. 3	K.A.  K.A. Verweis auf gesetzlichen Anspruch gemäß Grundgesetz Art. 3

\*\*\* Die ausgewählten Handlungsfelder entsprechen den Zielen von FidAR, die Parität in den **Führungspositionen** der Wirtschaft zu erreichen. Damit eng verbunden sind die weiteren aufgeführten Handlungsfelder, die Auswirkungen auf Gleichstellung in der Arbeitswelt haben, wie **Entgeltgleichheit** und **Gewalthilfe/ Gewaltschutz** sowie die **übergreifenden Strategien** zur Umsetzung von Gleichstellung im Regierungshandeln der Bundesverwaltung. Die Inhalte der Wahlprogramme zu anderen gleichstellungspolitischen und ebenso höchst relevanten Handlungsfeldern (u.a. Sorgearbeit bzw. Vereinbarkeit, Schwangerschaftsabbruch, Gesundheit, Sport, Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik) wurden von FidAR nicht untersucht.

## Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\*  
hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)



Einzelne Handlungsfelder							
<b>FüPo-Gesetz</b>	42: Unser Ziel bleibt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen. Dazu werden wir das <b>Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln</b> mit dem Ziel, bis 2030 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen. Als nächsten Schritt streben wir ein <b>Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft</b> an.	120: Wir sind daher für <b>Frauenquoten in Aufsichtsräten, in Vorständen</b> von großen Unternehmen [...].			136: <b>Quotenregelungen sind abzulehnen.</b> [...] Dies gilt auch für die <b>Geschäftsführungen aller Unternehmen, die von der öffentlichen Hand</b> beherrscht werden.		
<b>Frauen in Führungspositionen</b>	42: Die Zeit für Parität ist jetzt – es müssen mehr Frauen in Parlamente. Dafür werden wir ein <b>Paritätsgesetz</b> auf den Weg bringen, das bei Wahlen die paritätische Vertretung von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag bei Listen- und Direktmandaten sicherstellt. 50/50 ist unser Standard in allen Parlamenten und an allen Kabinettsstischen  8: Wir werden die Arbeitsbedingungen in der <b>Wissenschaft</b> durch die <b>Förderung planbarer Karrierewege</b> , insbesondere zur Verwirklichung	120: Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der <b>Halfte der wirtschaftlichen und politischen Macht</b> entfernt – in <b>Führungspositionen</b> , in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in <b>Parlamenten &amp; Kommunalvertretungen</b> .  120: Um die Gleichstellung weiter voranzutreiben, werden wir auch in Deutschland die Vorgaben der weitreichenderen <b>EU-Richtlinie zu Führungspositionen</b> konsequent umsetzen sowie Sanktionen bei der	29: Um den Anteil von <b>Gründerinnen</b> zu erhöhen, begeistern wir insbesondere Mädchen in der Schule in MINT-Fächern und für Entrepreneurship-Education und erleichtern Frauen den Zugang zu Venture Capital Fonds staatlicher Förderbanken.  28: Auch im Hinblick auf den <b>beruflichen Aufstieg</b> bestehen noch nicht gleiche Chancen.	26: Unser Ziel ist auch, dass <b>mehr Frauen mit innovativen Unternehmensgründungen</b> unser Land nach vorne bringen.  11: Und überall und mit-tendrin: <b>fleißige Arbeitnehmerinnen</b> und Arbeitnehmer, die unser Land am Laufen halten, kreative Erfinder, exzellente Ingenieure und Landwirte, die uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen.	136: <b>Öffentliche Ämter, Beamten- und Richterstellen</b> sind ausschließlich nach „Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“ zu vergeben (Art. 33 Abs. 2 GG), <b>Quotenregelungen sind abzulehnen.</b> Grundsätze der fachlichen Eignung und beruflichen Qualifikation haben auch für das <b>Spitzenpersonal des Staates</b> zu gelten.	K14: Wir halten an der Forderung nach <b>politischer Parität</b> fest. Wir setzen uns für eine <b>Regelung im Wahlrecht</b> ein, wonach 50 Prozent der Listenplätze und Mandate bei öffentlichen Wahlen auf Frauen entfallen müssen.  K10: Das <b>Professorinnenprogramm</b> soll zu einem Programm für die <b>Förderung von Frauen auf allen Karriere-stufen</b> weiterentwickelt werden.	33: Aber in der Realität sind Frauen nach wie vor in vielfältiger Weise benachteiligt. Sie sind in vielen Bereichen und vor allem auf höheren Funktionsebenen <b>unterrepräsentiert</b> .




## Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\*  
hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)

							
	von Gleichstellung, verbessern.	<p>Nichterreichung der Ziele einführen.</p> <p>120: Wir sind daher [...] für ein <b>Paritätsgesetz</b> zur Wahl des Bundestags.</p> <p>81: Wir wollen <b>Frauen in der Wissenschaft</b> gezielt fördern und Machtmissbrauch und Diskriminierung entgegenwirken.</p> <p>121: Auch im <b>Gesundheitswesen</b> wollen wir durch Quoten und bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.</p> <p>23: Wir wollen <b>Gründungen in ihrer Vielfalt</b> unterstützen. Dafür geben wir insbesondere <b>Gründerinnen</b> und nachhaltigen Start-ups einen <b>Booster</b>, etwa durch verbesserte <b>Finanzierungsangebote</b>.</p> <p>24: [...] stärken die EXIST-Hochschulförderung in der Breite – inklusive <b>EXIST-Women</b> und gezielter Formate für bisher unterrepräsentierte Gruppen bei Gründungen.</p>					
<b>Entgeltgleichheit und gleiche Arbeitsbedingungen</b>	11: <b>Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit</b> ist unsere Antwort auf den immer noch existenten Gender Pay Gap.	68: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Dieser Slogan wird Wirklichkeit, wenn Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung auch				K7: Das Entgelttransparenzgesetz muss ein <b>Entgeltgleichheitsgesetz</b> werden, um <b>gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit</b> durchzu-	








Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)

							
	<p>20: Wir wollen die Ungerechtigkeit beenden, dass Frauen immer noch weniger verdienen als Männer, und deswegen die <b>EU-Entgelttransparenzrichtlinie</b> bis 2026 in nationales Recht umsetzen.</p> <p>20: Wir werden das deutsche Entgelttransparenzgesetz zu einem wirksamen Lohnrechtsgesetz weiterentwickeln.</p> <p>23: Wir wollen die Besteuerung von Familien unter Berücksichtigung bereits getroffener Lebensentscheidungen reformieren, für Paarfamilien eine gerechtere Verteilung der Steuerlast erreichen [...]. Die bereits eingeleitete Überführung der Steuerklassen-Kombination III/IV in das <b>Faktorverfahren der Steuerklasse IV</b> wollen wir daher schnellstmöglich umsetzen.</p>	<p>in der Praxis durchsetzen können. Die Realität sind aber Gender-Pay-Gap, Gender-Care-Gap und Gender-Pension-Gap. Deshalb werden wir die <b>EU-Entgelttransparenzrichtlinie</b> zügig und vollständig umsetzen. Wir wollen mehr Transparenz über Lohngefälle herstellen, die Regeln verbindlicher und besser einklagbar machen und dadurch Gleichstellung wirksam voranbringen.</p> <p>20: In der jetzigen Form stellt das <b>Ehegattensplitting</b> ein Erwerbshindernis für Frauen dar und ist weder gerecht noch zeitgemäß. Deshalb wollen wir es grundlegend geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für Paare, die bereits verheiratet sind, ändert sich nichts – außer sie entscheiden sich freiwillig für das neue Modell.</p>	<p>29: Die ökonomische Freiheit von Frauen stärken wir durch bessere steuerliche Regelungen, insbesondere durch die <b>Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5</b>, für die wir uns weiterhin einsetzen.</p>	<p>61: <b>Ehegattensplitting erhalten</b>. Ehepartner, die unterschiedlich verdienen, dürfen nicht benachteiligt werden. Deshalb halten wir am Ehegattensplitting fest und wollen <b>Kinder</b> künftig stärker berücksichtigen.</p>	<p>58: <b>Familienplitting einführen</b>. Laut Art. 6 GG stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. [...] Als eine der wichtigsten Maßnahmen [...] fordern wir eine Ausweitung des Ehegattensplittings <b>auf das Familienplitting</b>. [...] die Summe der erzielten Einkünfte aller Familienmitglieder durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt wird.</p>	<p>setzen. Es soll Unternehmen auch dazu verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der <b>Bewertung von Arbeit</b> schrittweise und branchenübergreifend abzubauen [...].</p> <p>K7: Gewerkschaften brauchen ein <b>Verbandsklagerecht</b>, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.</p> <p>K4: Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine <b>Individualbesteuerung</b> ersetzen, wobei das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein soll.</p>	
	<p>20: Wir setzen uns zudem weiter für eine <b>Aufwertung der sozialen Dienstleistungsberufe</b> ein.</p>	<p>118: Das bedeutet, den <b>gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit</b> durchzusetzen. Dazu gehört, dass <b>frauentominierte Berufe</b></p>				<p>K10: <b>Löhne in den Sozial- und Erziehungsdiensten</b> müssen steigen! Dafür muss die Refinanzierung der Tarifverträge insbesondere für den kommunalen wie</p>	

## Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\*  
hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)

							
	<p>8: Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen in unserem Land heben, die bislang an den Rand gedrängt wurden: vor allem [...] <b>Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs.</b></p> <p>11: <b>Mini-Jobs</b> sind vorgezeichnete Wege in die Altersarmut. Unser Ziel ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen. Wir wollen Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten den Weg aus Mini-Jobs in <b>sozial gut abgesicherte Arbeit</b> öffnen.</p>	<p>nicht schlechter bezahlt werden als männerdominierte.</p> <p>69: <b>Minijobs</b> wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen, mit Ausnahmen für Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende.</p>				<p>den freigemeinnützigen Bereich gesichert werden.</p> <p>K10: Geschlechterspezifische Ungleichgewichte auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sollen u.a. durch geschlechtersensible Bildung und die <b>Aufwertung schlecht bezahlter Berufe mit hohem Frauenanteil</b> überwunden werden.</p>	<p>21: Wir wollen gesetzliche Grundlagen schaffen, um <b>Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu überführen</b>. [...] Diese Maßnahmen sollen auch dazu beitragen, die <b>Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen</b> zu schließen.</p>
	<p>41: Frauen sollen besser vor Altersarmut geschützt werden. Wir stärken die <b>Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente</b> und schaffen eine faire Absicherung für alle</p>	<p>98: Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung – und zwar ausschließlich mittels Darlehen aus dem Bundeshaushalt und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund.</p>	<p>29: Zur Bekämpfung von Altersarmut bei Frauen möchten wir, dass Paare bei <b>Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Carearbeit</b> standardisiert</p>			<p>K4: Eine sichere und auskömmliche <b>Rente</b> ist auf [...] eine hohe <b>Frauerwerbsquote</b> [...] angewiesen [...].</p> <p>K4: Die niedrigen <b>Rentensprüche</b> von Nied-</p>	<p>33: Der sogenannte Gender Pay Gap findet seine Fortsetzung in einer vergleichsweise niedrigen Altersrente. Dass die Renten von Frauen so niedrig ausfallen, ist u. a. der Tatsache geschuldet, dass sie</p>

## Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)

							
	Lebensphasen. Kostengünstige und transparente <b>Altersvorsorgemodelle</b> bewirken, dass Frauen im Alter gut versorgt sind.	[...] Wir führen einen <b>öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds</b> ein [...]. Die aus den staatlichen Einlagen resultierenden Erträge werden auch zur Finanzierung der Garantierente beitragen, was insbesondere Frauen und Menschen in den ostdeutschen Bundesländern unterstützt.	die Möglichkeit des <b>Rentenpunkte-Splittings</b> wahrnehmen.			rig- und Geringverdienenden, [...] Erziehenden und Pflegenden wollen wir aufwerten. K4: Gegen Altersarmut hilft unsere „ <b>solidarische Mindestrente</b> “: für diejenigen, die wegen schlechter Jobs, erzwungener Teilzeit [...] keine auskömmliche Rente bekommen.	die Sorgearbeit überwiegend allein leisten. 22: Wir fordern eine <b>Mindestrente</b> von 1500 Euro nach 40 Versicherungsjahren.
<b>Gewalthilfe und Gewaltschutz</b>	38: Wir setzen uns für eine vollständige Umsetzung der <b>Istanbul-Konvention</b> ein. 38: Wir wollen einen Anspruch auf Schutz und Beratung: Mit einem bundesweiten <b>Rechtsanspruch</b> stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten. 39: Wir wollen mehr Vorbeugung gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Mit dem <b>Gewalthilfegesetz</b> wollen wir diese Strukturen weiter ausbauen und nachhaltig absichern. 38: Mit einer Verschärfung des <b>Gewaltschutzgesetzes</b> wollen wir Betroffenen häuslicher Gewalt und anderer Nachstellungen besser schützen: Maßnahmen wie	118: Die <b>Istanbul-Konvention</b> ist ein Instrument, das die notwendigen Maßnahmen für den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte festlegt. Diese setzen wir konsequent um, durch verstärkte Präventionsmaßnahmen, den Ausbau der Täterarbeit, konsequente Strafverfolgung und eine verbesserte Datenerhebung. Damit bekämpfen wir auch Femizide, also die gezielte Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. 118: Um Betroffene bei <b>Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt</b> besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen <b>Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung</b> erhalten. Durch	28: Zur Bekämpfung von <b>häuslicher Gewalt gegen Frauen</b> möchten wir, dass <b>Länder und Kommunen Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausfinanzieren</b> und dass durch eine <b>bundesweite Online-Plattform</b> verfügbare Frauenhausplätze in Echtzeit angezeigt werden.	37: Wir lassen die <b>Opfer häuslicher Gewalt, gerade Frauen und Kinder</b> , nicht allein. Ihr Schutz hat für uns Priorität. Wir entwickeln deshalb ein <b>Sicherheitskonzept</b> und stärken die <b>Frauenhäuser</b> . 37: Die elektronische Fußfessel setzen wir verstärkt ein, damit Gewalttäter gegen Frauen Abstand zu ihren ehemaligen Partnerinnen halten. 37: Wir verschärfen das <b>Strafrecht</b> , um vor allem <b>Frauen, ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und andere besonders gefährdete Gruppen</b> besser zu schützen.		K14: Die <b>Istanbul-Konvention</b> muss endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür muss die Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ihre Arbeit aufnehmen. K14: <b>Frauenhäuser</b> müssen bedarfsgerecht, einzelfallunabhängig und verlässlich finanziert werden. <b>Schutz und Beratung</b> müssen für alle <b>Frauen und ihre Kinder</b> überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei zur Verfügung stehen. K14: Das <b>Gewaltschutzgesetz</b> und die Regelungen zum Umgangs- und Sorgerecht widersprechen sich teilweise. Hier muss eine Klarstellung erfolgen, dass der Schutz vor Gewalt gegen	33: Wir setzen uns das Ziel, die <b>Gewaltschutz- und Hilfesysteme</b> auszubauen und die Zahl an <b>Frauenhausplätzen</b> signifikant zu erhöhen. Die <b>Finanzierung</b> der Frauenhäuser muss durch den <b>Bund</b> langfristig gesichert sein. 33/34: Neben der Unterstützung und Beratung von gewaltbetroffenen Frauen sind Maßnahmen der <b>Gewaltprävention</b> ein weiteres wichtiges Handlungsfeld. [...] Entsprechend müssen die <b>Information über und die Sensibilisierung zum Gewaltschutz</b> fester Bestandteil im Bildungscurriculum sein – in Schulen und Hochschulen.



## Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\*  
hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)

							
	<p>elektronische Fußfesseln, verpflichtende Anti-Gewalt-Trainings für Täter und Aufenthaltsverbote [...]. Hierfür passen wir die einschlägigen Rechtsgrundlagen an.</p> <p>38: Wir wollen die strafrechtliche Position von Opfern von <b>sexualisierter Gewalt</b> weiter stärken. Jede ohne eindeutiges Einverständnis vorgenommene sexuelle Handlung muss unter Strafe gestellt werden. Wir verbessern die Strafverfolgung und unterstützen die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften durch die Länder.</p> <p>38: Wir stellen erhebliche <b>sexuelle Belästigungen</b></p>	<p>eine <b>Bundesbeteiligung</b> stellen wir gemeinsam mit den Ländern <b>kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher</b>.</p> <p>118: Annäherungsverbote müssen in Fällen von häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können, auch zum Beispiel durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel.</p> <p>118: Um die Perspektive der Betroffenen in die Gestaltung von Politik und Präventionsmaßnahmen einzubeziehen, können Instrumente wie ein Betroffenenrat für häusliche Gewalt hilfreich sein.</p> <p>118: <b>Opfer von Vergewaltigungen</b> brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive anonymer Spurensicherung und der „Pille danach“.</p> <p>119: Zudem prüfen wir, ob das geltende Sexualstrafrecht um eine Neuregelung in der Form der Zustimmungslösung ergänzt werden muss, um Straftaten besser verfolgen zu können.</p>		<p>37: Wir erhöhen die Höchststrafe für <b>Stalking</b>. Körperverletzungen, insbesondere wenn sie mit einem Messer begangen werden, und <b>Gruppenvergewaltigungen</b> werden wir deutlich härter bestrafen.</p>		<p>Frauen und Kinder Vorrang hat vor der Regelung des Umgangs.</p> <p>K14: Wir fordern, dass das <b>Prinzip „Nur Ja heißt Ja“</b> gesellschaftlich und gesetzlich verankert wird und dass gezielt gegen <b>Netzwerke sexualisierter Gewalt</b> vorgegangen wird. <b>Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt muss als Querschnittsaufgabe</b> verstanden werden [...] in allen politischen Gestaltungsbereichen.</p>	


Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)

							
	<p>unter Strafe: Unerwünschte, erniedrigende Handlungen wie „Catcalling“ sollen künftig strafrechtlich verfolgt werden können.</p>	<p>119: Auch der Einsatz von K.-o.-Tropfen und ähnlichen Substanzen bei sexuellen Übergriffen muss als strafverschärfender Umstand in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden.</p>			<p>116: <b>Ausländerkriminalität:</b> Der weitere Anstieg des Anteils von Ausländern an <b>Gewalt-, Sexual-</b> und Drogendelikten wird immer deutlicher erkennbar. Zur wirksamen Bekämpfung sind über Maßnahmen der <b>Strafverfolgung</b> hinaus sämtliche <b>ausländerrechtlichen</b> Möglichkeiten auszuschöpfen und zu erweitern.</p> <p>124: Der <b>Unterdrückung muslimischer Frauen</b> stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Bereichen die <b>Gleichberechtigung von Mann und Frau.</b></p>	<p>K15: Für öffentliche und private <b>Großveranstaltungen</b> fordern wir, dass als Bestandteil von Sicherheitskonzepten auch <b>Awareness-Konzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt</b> zum Einsatz kommen müssen.</p> <p>K14: Das <b>Gesetz über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt</b> muss auch in der betrieblichen Praxis ankommen. Wir wollen deshalb u.a. das <b>Arbeitsschutzgesetz um die Aspekte „Gewalt“ und „sexuelle Belästigung“</b> ergänzen.</p>	<p>34: Nach dem neuen <b>Selbstbestimmungs-gesetz</b> [...] Männer [...] erhalten damit potenziell Zugang zu Bereichen wie Frauensport, Frauenumkleiden und.... anderen <b>frauenspezifischen (Schutz-) Räumen.</b> Das stellt eine <b>Gefährdung und Beeinträchtigung</b> für Frauen und Mädchen dar.</p>

## Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW\* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 13.02.2025, Aktualisierung finale Wahlprogramme Bündnis 90/Die Grünen und AfD)

							
<p><b>Übergreifende Gleichstellungsstrategien (inkl. Gender Budgeting)</b></p>	<p>41: Gleichstellung werden wir auch künftig – im Sinne des <b>Gender Mainstreaming</b> – zu einem Leitprinzip aller Ressorts der Regierung machen. [...] Mit einer Folgenabschätzung aller Maßnahmen, Gesetze und des Bundeshaushalts erreichen wir mehr Gleichstellung. Die ressortübergreifende <b>Gleichstellungsstrategie</b> des Bundes soll weiterentwickelt und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.</p> <p>42: Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung im GG explizit auf <b>sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität</b> erweitern. <b>Art. 3 Abs. 3 GG</b> werden wir daher [...] erweitern.</p>	<p>117: Wir setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass Vielfalt und eine interkulturelle Öffnung – sowohl personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent gefördert werden und schaffen dafür auch die <b>rechtlichen Grundlagen</b>. Wir wollen, dass <b>Einstellungs- und Beförderungspraxis</b> diskriminierungssensibel gestaltet werden.</p> <p>121: Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der <b>sexuellen und geschlechtlichen Identität</b> in <b>Artikel 3 des Grundgesetzes</b> verankern [...].</p> <p>118: Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten. Wir wollen eine geschlechtergerechte Gleichstellungspolitik, die auch Männer adressiert und ihre Anliegen in den Blick nimmt. Unsere Priorität ist, <b>das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen</b>.</p>	<p>24: <b>Artikel 3 GG</b> wollen wir um die <b>sexuelle Identität</b> ergänzen.</p> <p>24: Für uns Freie Demokraten ist die <b>Gleichbehandlung</b> aller Bürgerinnen und Bürger fester Bestandteil einer Demokratie. Dabei stellen wir uns gegen jede Form von <b>Diskriminierung</b>.</p>	<p>56: <b>Wir stehen zur geschlechtergerechten Sprache</b>. Den Gender-Zwang aus ideologischen Gründen aber lehnen wir ab, weil er Barrieren errichtet, Menschen ausgrenzt und bevormunden will. Wir setzen uns dafür ein, dass <b>im öffentlichen Raum</b> – an Schulen und Universitäten, im Rundfunk und der Verwaltung – <b>auf die Gendersprache verzichtet</b> wird.</p>	<p>172: Ideologische Verrenkungen wie die angeblich <b>gendergerechte Sprache</b> haben dagegen in Deutschland nichts verloren; ihr Gebrauch soll in öffentlichen Einrichtungen und staatlichen Stellen <b>zur Wahrung einer ideologiefreien Verständigung untersagt</b> werden.</p> <p>145: Durch eine aktivierende Familienpolitik strebt die AfD eine <b>Geburtensteigerung</b> [...] in Deutschland an, die [...] unsere <b>Kulturweitergabe</b> sicherstellt [...].</p> <p>150: <b>Die zwei Geschlechter</b> sind eine biologische Tatsache.</p> <p>151: Weiblichkeit und Männlichkeit sind [...] etwas Positives. Dadurch können sich Frauen und Männer <b>hervorragend ergänzen</b>.</p>	<p>K14: Die Bundesregierung muss eine <b>ressortübergreifende und langfristig angelegte Gleichstellungsstrategie</b> verabschieden.</p> <p>K14: Wir wollen <b>alle neuen Gesetze</b> auf ihre <b>Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit</b> hin untersuchen.</p> <p>K14: <b>Artikel 3 des Grundgesetzes</b> muss um den Schutz der <b>sexuellen Orientierung</b> und der <b>geschlechtlichen Identität</b> erweitert werden.</p>	<p>33: Zentrales Anliegen des BSW ist es, <b>von der gesetzlichen Gleichberechtigung zur wirklichen Gleichstellung zu gelangen</b>.</p> <p>34: <b>Frauenrechte</b> dürfen nicht auf dem Altar der politischen Korrektheit geopfert werden. Das neue Selbstbestimmungsgesetz [...] höhlt die Schutzrechte für Frauen aus.</p>